

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 35/2023 vom 31.08.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die PiS verheimlicht nicht einmal mehr, warum sie ein Referendum braucht. „Es wird eine Vernichtungsmaschinerie sein“*
- *„Wahlen im Ausland sind gefährdet“. Bürgerkoalition über Tricks der Macht*
- *PiS verzichtet auf die Kommission, die Tusk verfolgen sollte. Wovor hat sie Angst?*
- *Alle Mann an Deck des Dritten Weges*
- *Wahlkampf mit einer Vergewaltigung in Deutschland. Kein Problem für die PiS*
- *Der russische Geheimdienst wollte Züge in Polen entgleisen lassen. Spione wurden über das Internet rekrutiert*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die PiS verheimlicht nicht einmal mehr, warum sie ein Referendum braucht. „Es wird eine Vernichtungsmaschinerie sein“



Quelle: natemat.pl

Von *Katarzyna Florencka*

PiS plant eine gigantische Referendumskampagne. Offiziell soll damit die Wahlbeteiligung verbessert werden, inoffiziell - wie Politiker des Regierungslagers selbst anonym zugeben - sollen die gesellschaftlichen Spaltungen vertieft werden. Denn das ideale Szenario für die PiS wäre eine Situation, in der der Dritte Weg oder die Linke nicht ins Parlament einziehen würden.

PiS-Referendum. Was will das Regierungslager erreichen?

Letzte Woche stimmte die PiS schließlich über Änderungsanträge ab, die die Durchführung eines Referendums am Tag der Parlamentswahlen, dem 15. Oktober, ermöglichen. Die tendenziösen Fragen, die von Jaroslaw Kaczynskis Gruppierung vorgelegt wurden, haben Spekulationen ausgelöst, dass es bei dem Referendum nicht darum geht, auf die Stimme des Volkes zu hören - sondern um zusätzliche, nicht zulässige Mittel für den Wahlkampf der PiS.

Die enge Verbindung zwischen dem Referendum und den Parlamentswahlen wird von Politikern des Regierungslagers in anonymen Erklärungen gegenüber den Medien nicht verschwiegen. „Wir werden eine riesige Pro-Frequenz-Kampagne starten. Es wird eine Referendums-Maschinerie sein, die im Herbst zu einer derartigen Polarisierung führen wird, dass ich zu diesem Zeitpunkt nicht im Stab des Dritten Weges oder der Linken sein möchte“, sagt einer von ihnen in einem Interview mit der Gazeta Wyborcza.

Gerade die Niederlage einer dieser Gruppierungen wäre das beste Wahlszenario für die PiS. Der Dritte Weg tritt als Koalition an und benötigt 8 % der Stimmen, um in den Sejm einzuziehen, während die Linkspartei als Partei mit einer Wahlhürde von 5 % antritt. Wenn mindestens eine dieser Gruppierungen die Hürde nicht schafft, wären ihre Stimmen „verschwendet“, was den größeren Parteien, einschließlich der PiS, zugutekommt. Interessanterweise, wie aus der Bürgerkoalition zu hören ist, soll auch diese Gruppierung, ein „Spiel“ zur Polarisierung der politischen Szene in Erwägung ziehen.

Die Polen bewerten das PiS-Referendum negativ

Vorerst muss sich die „Referendums-Maschinerie“ jedoch mit dem äußerst negativen Image des Referendums auseinandersetzen, das bei den Polen vorherrscht. In einer vom Studio SW Research im Auftrag von rp.pl durchgeführten Umfrage wurden die Teilnehmer gefragt, wie sie die Fragen bewerten, die die PiS im Referendum stellen will. Die Ergebnisse fielen für das Regierungslager vernichtend aus. Nur 24,6 % der Befragten bewerteten die Fragen des Referendums positiv, während 48,4 % eine negative Bewertung abgaben.

Die verbleibenden Befragten sind eine Gruppe, die die Referendumskampagne wahrscheinlich vor dem 15. Oktober für sich zu gewinnen versuchen wird. Sie ist in zwei Untergruppen unterteilt: 13,5 % der Befragten, die keine Meinung zu den Fragen haben, und der gleiche Anteil von Befragten, die die Fragen der PiS nicht einmal kennen.

Damit das Ergebnis des Referendums bindend ist, muss mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten daran teilnehmen. Das Referendum findet in denselben Räumlichkeiten statt wie die Parlamentswahlen. Diejenigen, die nicht am Referendum teilnehmen wollen, müssen die Annahme des entsprechenden Stimmzettels verweigern.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/505750,plan-pis-na-referendum-tak-partia-kaczynskiego-chce-zostac-u-wladzy>



www.mleczko.pl

... UND JETZT SCHLUSS MIT DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

„Wahlen im Ausland sind gefährdet“. Bürgerkoalition über Tricks der Macht



Quelle: wyborcza.pl

Von **Justyna Dobrosz-Oracz**

Die Polen wissen immer noch nicht, wo sie wählen werden und ab wann sie sich zur Wahl anmelden können. „Die PiS spielt vorsätzlich ein Spiel, um die Wahlbeteiligung zu senken“, warnt ein PO-Abgeordneter. Die Plattform fordert das Außenministerium auf, 112 neue Kommissionen einzurichten.

Nach den von der PiS durchgesetzten Änderungen des Wahlgesetzes haben die Wahlkommissionen im Ausland ebenso wie die im Inland nur 24 Stunden Zeit, um die Stimmen auszuzählen. Dies gilt auch für die Stimmen des Referendums. Gelingt ihnen dies nicht rechtzeitig, sind alle Stimmen ungültig. Außerdem wird vor der Auszählung der Stimmen jeder Stimmzettel allen anwesenden Mitgliedern der Wahlkommission gezeigt. Nach Ansicht von Politikern der Bürgerkoalition [KO] besteht das einzige Rezept hierfür darin, die Zahl der Wahlkommissionen radikal zu erhöhen.

Bei den Wahlen 2019 gab es 320 Wahlkommissionen. Laut dem KO-Abgeordneten Robert Tyszkiewicz versprach die Regierung in einer Sitzung des Parlamentsausschusses, die Zahl der Wahlkommissionen auf 400 zu erhöhen. Doch letzte Woche gab es eine weitere Änderung. Das Außenministerium teilte mit, dass es 360 Kommissionen geben werde, das sind nur 40 mehr als bei der letzten Wahl. „Das ist weit unter den Erwartungen. Das ist viel zu wenig“, sagte der Abgeordnete Tyszkiewicz, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für die Kommunikation mit Polen im Ausland.

Der Politiker stellte eine von den polnischen Gemeinschaften erstellte Liste vor. Die Auslandspolen fordern die UNO auf, 112 neue Wahlkommissionen einzurichten. Sie fordern u. a. 29 neue Kommissionen in Deutschland und 20 im Vereinigten Königreich.

Wahl 2023. Bürgerkoalition [KO]: Die PiS handelt vorsätzlich

Die Organisation der Wahlen im Ausland selbst lässt viel zu wünschen übrig. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat noch immer keine Liste der Wahlkommissionen im Ausland veröffentlicht. Solange die Behörden dies nicht tun, können sich die Polen nicht für die Wahlen registrieren lassen. Infolgedessen wissen sie nicht, wo sie ihre Stimme abgeben werden.

Auf der Website des Konsulats in Den Haag heißt es, die Regierung wolle dies erst am 25. September bekannt geben. Drei Wochen Zeit für mehrere hunderttausend Menschen, um sich für die Wahlen zu registrieren, ist eine Maßnahme, die direkt auf die Wahlen der Auslandspolen abzielt, alarmiert der Abgeordnete Tyszkiewicz. Seiner Meinung nach handelt es sich um eine bewusste Aktion der Machthaber: „Ich sehe in den Aktionen der PiS einen kompletten Vorsatz, um die Wahlbeteiligung im Ausland zu senken.“

Warum? Bei den letzten Präsidentschaftswahlen hat Rafał Trzaskowski bei den Auslandspolen gewonnen. Und zwar mit großem Vorsprung vor Andrzej Duda. „Ist diese plötzliche Änderung der Spielregeln also ein vorsätzliches Handeln der PiS?“, fragten wir den ehemaligen Beauftragten für Bürgerrechte Adam Bodnar, der bei den kommenden Wahlen auf der Liste KO für den Senat kandidiert.

„Mein verfassungsrechtliches Vorstellungsvermögen lässt nicht zu, dass jemand zynisch so handeln kann, dass er den Bürger der Republik Polen das Wahlrecht vorenthält“, antwortete Adam Bodnar.

PiS: „Es wird mehr Wahlkommissionen geben“. Aber konkrete Aussagen fehlen

Die Politiker der PiS können keine klare Antwort auf Fragen zu den neuen Wahlkommissionen geben. „Es wird mehr geben“, antwortete uns Piotr Wawrzyk. Wie viele? „Das hat der stellvertretende Leiter des Außenministeriums nicht gesagt.“

Auch Radosław Fogiel sieht das Problem nicht. „Das ist so eine Methode, aus der Tatsache, dass der Sejm ein Gesetz verabschiedet hat, einen Skandal zu machen. Dafür ist der Sejm da“, erklärte der Abgeordnete der PiS und verwies uns an die Konsularabteilungen, da „diese Fragen nicht in seine Zuständigkeit fallen“.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30114772,wybory-za-granica-sa-zagrozone-ko-o-sztucznych-wladzy.html>

PiS verzichtet auf die Kommission, die Tusk verfolgen sollte. Wovor hat sie Angst?



Quelle: oko.press

Der PiS-Abgeordnete Marek Ast, Vorsitzender des Justizausschusses, hat zugegeben, dass der Sejm in der laufenden Legislaturperiode keinen Ausschuss zur russischen Einflussnahme auf der Grundlage der so genannten Lex Tusk einsetzen wird. Inoffiziell geben die PiS-Abgeordneten zu, dass sich der Ausschuss gegen sie wenden könnte.

Von **Daniel Flis**

Aktuelles Update - 19. August: Adam Bielan dementierte die Aussage des PiS-Abgeordneten Marek Ast, dass es keine Lex-Tusk-Kommission geben werde. Aber irgendetwas scheint in der PiS-Propaganda zu klemmen, denn am Nachmittag des 19. August sagte Ryszard Terlecki, Vorsitzender des PiS-Klubs, dass es doch keine Kommission geben werde, weil das Referendum wichtiger sei.

Noch am Dienstag, den 15. August 2023, hoffte Marek Ast, dass die Kommission zur Untersuchung des russischen Einflusses noch vor den Wahlen im Oktober ihre Arbeit aufnehmen würde.

„Es ist denkbar, dass die Zusammensetzung noch in der nächsten Sejm-Sitzung festgelegt wird, wenn es Ende August noch eine Sitzung gibt. Irgendwann im September könnte der Ausschuss seine Arbeit aufnehmen“, sagte Ast, ein Abgeordneter der PiS, der den Ausschuss für Justiz und Menschenrechte des Sejms leitet, gegenüber „Fakt“.

Allerdings änderte er seine Meinung nur zwei Tage später. In der Sendung von Radio „Jedynka“ am Donnerstag gab er auf die Frage nach der Kommission zu: „Der Kalender zeigt, dass wir es nicht schaffen werden.“ Und warum? Am Freitag, den 18. August, erklärte Ast in einem Interview mit PAP: „Die Zeit für die

Ernennung des Ausschusses wurde für uns sehr verkürzt. Die Marschallin Witek hat nicht beschlossen, eine Frist für die Einreichung von Kandidaten zu setzen. Die Kommission sollte ohnehin in der laufenden Legislaturperiode beginnen und in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden, sodass es wahrscheinlich eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode bleiben wird, dieses Gesetz auszuführen und die Kommission zu ernennen.“

Damit ist die PiS von einem der Kernpunkte seiner Wahlkampfstrategie völlig abgerückt.

Lex Tusk

Bereits im Mai 2023 unterzeichnete Andrzej Duda ein als Lex Tusk bekanntes Gesetz zur Einsetzung der Kommission. Wie von Politikern der PiS angekündigt, bestand das Hauptziel der Kommission darin, nachzuweisen, dass die PO-PSL-Regierung unter dem Einfluss der Russen für Polen ungünstige Entscheidungen getroffen hatte.

Neben dem damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk sollen vor allem Radosław Sikorski, ehemaliger Chef des Außenministeriums, und Waldemar Pawlak, ehemaliger Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, dafür verantwortlich sein, dass sie diesem Einfluss erlagen.

Die Absicht der Machthaber verriet bereits den zeitlichen Rahmen, den die Kommission abdecken sollte. Sie sollte Fälle von russisch beeinflussten Handlungen zum Nachteil polnischer Interessen in den Jahren 2007-2022, d. h. ab der Bildung der ersten PO-PSL-Regierung, untersuchen.

Das Gesetz definierte russische Einflussnahme als „jede Handlung von Personen, die Vertreter der staatlichen Behörden der Russischen Föderation sind“. In der Praxis konnte die Kommission daher zu dem Schluss kommen, dass die Beeinflussung jeden Kontakt mit russischen Vertretern umfasst, auch im Rahmen der Ausübung der Amtsgeschäfte.

Sollte sich herausstellen, dass die untersuchte Person der Beeinflussung unterlag, könnte die Kommission sie für bis zu 10 Jahre von der Ausübung eines öffentlichen Amtes ausschließen. Es sah so aus, als wolle die PiS kurz vor den Wahlen den Oppositionsführern nicht nur den Makel des Russophilen anheften, sondern ihnen sogar die Möglichkeit nehmen, zu kandidieren.

Das US-Außenministerium hat gegen ein solches Gesetz protestiert, und die Europäische Kommission hat damit gedroht, eine Klage beim EU-Gerichtshof einzureichen. Vor allem aber hat die Lex Tusk bei den Wählern der Opposition, die sie als Angriff auf freie Wahlen interpretieren, große Empörung ausgelöst.

Brennstoff für die Opposition

Zunächst versuchte die PiS oder zumindest Andrzej Duda, dem Gesetz den Anschein von Rechtmäßigkeit zu verleihen durch die Einschaltung des Verfassungsgerichts, vermutlich in der Hoffnung, auf diese Weise den Widerstand der Öffentlichkeit zu mildern.

Nachdem der Präsident das Gesetz im Mai unterzeichnet hatte, verwies er es in einem Folgeverfahren an das Verfassungsgericht. Dies bedeutete, dass das Gesetz in Kraft trat und der Gerichtshof sich voraussichtlich noch vor den Wahlen damit befassen würde. Die Spindoktoren der PiS haben sich jedoch verrechnet.

Ein Gesetz, das darauf abzielt, Tusk zu verunglimpfen und zu Fall zu bringen, hat ihm unerwartet politischen Auftrieb gegeben, und zwar zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt, nämlich kurz vor dem für den 4. Juni geplanten Marsch der Opposition in Warschau.

Unter anderem nahmen mindestens 380.000 Menschen an dem Protest gegen Lex Tusk teil. Der Erfolg des Marsches stärkte Tusks Position als Oppositionsführer, die Bürgerkoalition erlebte einen Anstieg ihrer Unterstützung in den Umfragen, und in den Reihen der Vereinigten Rechten wurde Panik gesät.

Tomasz Poręba, Stabschef der PiS, hat mit seinem Kopf für das Debakel der Lex Tusk bezahlt. Kurz nach dem Marsch erlag er dem Gewicht der internen Kritik und trat von seinem Posten zurück.

Lex Tusk 2.0

Trotz anfänglicher Schwierigkeiten sollte der Ausschuss für russische Einflussnahme am Wahlkampf teilnehmen, wenn auch in einer abgeschwächten Form. Die Gesetzesänderung wurde von Andrzej Duda vorgeschlagen, und der Sejm stimmte Mitte Juni darüber ab.

Die Lex Tusk Version 2.0 sieht nicht mehr vor, dass die Kommission „Abhilfemaßnahmen“ erlassen kann, z. B. das Verbot, ein öffentliches Amt zu bekleiden, und den Widerruf der Sicherheitsfreigabe.

Das geänderte Gesetz sieht auch die Möglichkeit vor, gegen die Entscheidung der Kommission vor dem Berufungsgericht Berufung einzulegen (zuvor waren die Verwaltungsgerichte zuständig, die sich nicht mit dieser Art von Fällen befassen).

Diese Änderungen haben Lex Tusk die Zähne gezogen. Die Kommission konnte weder Donald Tusk noch sonst jemandem das Recht absprechen, bei den Wahlen zu kandidieren. Es würde nur noch -oder sogar- ein Fernsehspektakel für den Wahlkampf sein.

Warum hat die PiS letztendlich beschlossen, es den Wählern zu ersparen?

Nur noch „Reset“

Wie Wyborcza kürzlich schrieb, wächst in der PiS die Befürchtung, dass Tusk, wenn er vor die Kommission geladen wird, diese diskreditieren und für seine eigene Kampagne nutzen wird. Und die Wähler werden sich nicht von Tusk abwenden, sondern zu seiner Verteidigung zu den Urnen eilen.

Außerdem hat die PiS, wie Quellen der *Rzeczpospolita* hinzufügen, ihre Strategie für die letzten Wochen des Wahlkampfes geändert. Der Weg, die Opposition in die Enge zu treiben, ist nun ein Referendum.

Offenbar haben Untersuchungen ergeben, dass die Wähler nicht der russische Einfluss interessiert, sondern genau die Themen, über die die PiS im Referendum abstimmen lassen will. Das heißt, die Privatisierung staatlicher Unternehmen, das Renteneintrittsalter, Migranten in Polen und die Mauer an der Grenze zu Belarus.

Und was ist mit dem Material, das Slawomir Cenckiewicz, der künftige Vorsitzende des Einflusskomitees, seit dem Frühjahr 2022 als Mitarbeiter des Außenministeriums vorbereitet hat? Höchstwahrscheinlich wird von ihm nur eine Fernsehserie auf TVP übrig bleiben.

Weitere Episoden der Sendung „Reset“, darunter der Höhepunkt über das „Smolensk-Attentat“, sollen ab dem 22. August wieder auf TVP ausgestrahlt werden.

Zsfg.: JP

https://oko.press/lex-tusk-komisja?utm_source=facebook&utm_medium=social&utm_content=ap_3891ad3n22

Alle Mann an Deck des Dritten Weges



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Jacek Żakowski**

Der Dritte Weg sinkt in Richtung 8-Prozent-Hürde, unter der er kein Mandat erhält. Wenn dies geschieht, hat die PiS eine dritte Amtszeit (vielleicht mit der Konföderation).

Ich frage Sie nicht, wen Sie wählen werden. Ich frage Sie nicht, welche Partei Sie am liebsten mögen. Ich frage Sie nicht, welche Partei Sie am wenigsten mögen. Wenn Sie diesen Text jetzt lesen, ist es fast sicher, dass Sie wie ich die Demokratie dem Autoritarismus vorziehen, den Westen dem Osten, die Freiheit der Tyrannei, die Vielfalt der Gleichmacherei, den Respekt der Verachtung, die Debatte der Gewalt, die Rechtsstaatlichkeit der Satrapie von egal wem.

Wenn dies der Fall ist, dann haben wir ein gemeinsames Dilemma. Denn es gibt sehr viele Anzeichen dafür, dass unser Traum von der Welt, die uns gefällt, eher in die Ferne als in die Nähe rückt. Und dies geschieht auf unseren eigenen Wunsch hin. Nicht, weil die PiS sich ein ganzes Arsenal an Instrumenten geschaffen hat, um das Wahlergebnis zu fälschen. Nicht, weil der Staatssender TVP lügt. Und nicht, weil die PiS die Wahl einfach annullieren kann, wenn sie sie verlieren sollte, oder das Ergebnis annullieren kann, wenn es ihr nicht gefällt. Nichts von alledem.

Wir selbst sind es, die mit unseren eigenen Händen der PiS die nächste Amtszeit bescheren - eine Guillotine an unserem eigenen Hals.

Wie das funktioniert, ist kinderleicht. Man muss die pro-demokratischen Stimmen nur so aufteilen, dass möglichst viele von ihnen verschwendet werden. Die PiS hat in dieser Hinsicht ganz offen etwas

unternommen, indem sie die Wahlbezirke so gezogen hat, dass demokratische Stimmen, die eher in Ballungsgebieten konzentriert sind, viel weniger Gewicht haben als Stimmen, die in kleineren Städten verstreut sind. Das ist der klassische Missbrauch der Exekutivgewalt, der international als Gerrymandering bekannt ist. Aber er belastet unser Gewissen nicht. Und trotz des ganzen Missbrauchs haben die Demokraten immer noch eine Chance, so zu gewinnen, dass die PiSler aus der Regierung vertrieben werden.

Das Problem ist nur, dass wir immer wieder hartnäckig diese Chance durchkreuzen.

Erstens lehnten die demokratischen Parteiführer einstimmig die Idee von Vorwahlen ab, die eine gemeinsame Vertretung der demokratischen Wählerschaft unter Umgehung der Parteispaltungen ermöglicht hätten. Die Ungarn können das, die Amerikaner können das, und in unserem Land müssen die Parteichefs jeden Kandidaten auf der Liste persönlich bestätigen. So sehen die Demokraten in Polen die Demokratie.

Dann ging das Mediengetöse um eine gemeinsame Liste monatelang weiter. Bis auf die Linke, die konsequent dafür war, waren alle dafür und sogar dagegen oder umgekehrt. „Eine gemeinsame Liste, aber ein Marsch nur für uns“, „Liste ja, aber erst Debatten“, „Liste nein, aber lasst uns reden“. Alle (außer den Linken) taten alles, um sicherzustellen, dass es keine gemeinsame Liste geben wird und die Verantwortung für das Fiasko auf jemand anderen zu schieben. Das ist in etwa gelungen, denn der KO-Kern ist der Meinung, dass Hołownia die Schuld daran trägt. Der *Polska 2050*-Kern glaubt, dass Tusk schuld ist. Der PSL-Kern gibt Tusk und Hołownia die Schuld. *Und alle zusammen sind sie wütend auf die linke Partei Razem.*

Die Wähler sind jedoch großzügig und an Veränderungen interessiert, so dass sie genügend Unterstützung für eine Koalition aus drei Blöcken nach den Wahlen versprechen, um die PiS zu entmachten: KO, Dritter Weg und Neue Linke. Dazu müssen jedoch alle drei Blöcke in den Sejm einziehen, was immer unsicherer wird, da die demokratischen Parteien die PiS und Konföderation einhellig kritisieren, während KO und *Polska 2050* den Großteil ihrer Energie darauf verwenden, sich gegenseitig zu bekämpfen. Tusk, der der effektivste Führer auf der Bühne ist, hat Hołownia zerschlagen und dabei die PSL zerrupft.

Heute strebt die KO die erste oder zweite Stufe des Podiums an (hinter der PiS), die Linke hält sich bei 10 Prozent und der Dritte Weg sinkt auf die 8-Prozent-Hürde, unter der er kein Mandat erhält. Wenn das passiert, hat die PiS eine dritte Amtszeit (vielleicht mit der Konföderation). Und das wird passieren, wenn die gesamte Opposition dem sinkenden Dritten Weg nicht kollektiv hilft, denn die KO hat keine Chance auf ein Ergebnis um die 45 Prozent, das ihr eine absolute Mehrheit verschaffen würde.

Ich weiß, es klingt paradox, aber die Situation ist paradox, wenn auch nicht beispiellos. Wenn der Feind der Demokraten die PiS ist und die demokratischen Parteien Koalitionsrivalen sind, muss es natürlich wichtiger sein, den Feind zu besiegen, als den Rivalen zu besiegen. Man muss sich um den Rivalen kümmern, wenn er angesichts des Feindes schwächer wird. Diesem Grundsatz folgend, schickte Roosevelt Stalin Waffen, um Hitler zu bekämpfen.

Ganz gleich, wie weit die Führer und Wähler der KO und von *Polska 2050* voneinander entfernt sind, wenn wir die Demokratie in Polen zurückgewinnen wollen, muss diese Logik jetzt genutzt werden.

Für die KO sind 2 oder 3 Umfragepunkte nicht viel wert. Auch 1 oder 2 Punkte der Unterstützung werden die Linke nicht retten. Und 2 Punkte in die eine oder andere Richtung sind eine Frage von Leben oder Tod für den Dritten Weg, genauso wie für die polnische Demokratie.

Die KO und die Linke wissen, wie man das macht. Sie müssen nur das Prinzip ablehnen, dass sich jeder um sich selbst kümmert, und sich an die Regeln des Mannschaftsspiels erinnern, das manchmal auch in Polen erfolgreich ist. Wir werden im Oktober alle verlieren, wenn wir uns jetzt nicht zusammenraufen. Alle Mann an Deck des Dritten Weges! Was auch immer wir darüber denken und fühlen.

Zsfg.: AV

Wahlkampf mit einer Vergewaltigung in Deutschland. Kein Problem für die PiS



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Bartosz T. Wieliński**

Hat das deutsche Außenministerium den polnischen Botschafter bereits ins Ministerium zitiert, nachdem deutsche Frauen von Einwanderern aus unserem Land sexuell belästigt worden waren? Nein. Ministerpräsident Morawiecki würde dies, ohne zu zögern tun. Das hat er gerade bewiesen.

Am Dienstag nahm die Polizei am Potsdamer Bahnhof einen betrunkenen polnischen Mann fest, der eine 17-jährige Frau in einem Nahverkehrszug belästigt hatte. Am 19. Juni ereignete sich ein ähnlicher Vorfall auf dem Hamburger Bahnhof, wo ein betrunkenener polnischer Mann eine 22-jährige Frau belästigte. Im April wurde, ebenfalls in Hamburg, eine andere Frau von zwei betrunkenen polnischen Staatsbürgern belästigt. Als Passanten ihr zur Hilfe kamen, zückten die Polen Tischlerhämmer und warfen sich auf sie. Die Hamburger Polizei rückte mit bis zu 10 Streifenwagen aus. Es gelang, die betrunkenen Polen festzunehmen, bevor jemand verletzt wurde. Dies ist das Ergebnis einer kurzen Durchsicht der deutschen Polizeichronik. Entsetzlich, nicht wahr?

Wurde der polnische Botschafter in Berlin nach diesen Vorfällen ins deutsche Außenministerium einbestellt? Haben die Deutschen eine Informationskampagne über die Bedrohung durch polnische Einwanderer gefordert? Hat irgendein deutscher Politiker deswegen eine antipolnische Kampagne gestartet?

Ich frage deshalb, weil Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sich genau so verhalten hat, als er auf die Berichte aus München reagierte. Nach Angaben der dortigen Polizei war ein 18-jähriger polnischer

Sprachschüler am Morgen des 19. August auf dem Rückweg von einer Party. Weil er alkoholisiert war, schlief er auf einer Bank in der U-Bahnstation ein. Die Situation wurde von einem 20-jährigen Flüchtling aus Afghanistan ausgenutzt, der den Polen vergewaltigte und sein Handy stahl.

Das Thema wurde sofort vom Wahlkampfstab der PiS aufgegriffen. Unser Außenministerium rief den Geschäftsträger der deutschen Botschaft auf den Plan und forderte Deutschland auf, eine Informationskampagne zu starten, um sie darüber zu informieren, dass ein Ausländer in ihrem Land einem anderen Ausländer zum Opfer fallen könnte. Und - man beachte! - sicherte polnische Unterstützung zu, falls Deutschland Schwierigkeiten bei der Durchführung einer solchen Informationskampagne haben sollte. Und dann wurde Morawiecki in den sozialen Medien aktiv. „Ein junger Pole wurde in München Opfer einer Vergewaltigung durch einen Migranten aus Afghanistan. Das sind die Folgen der Politik der offenen Grenzen. Wir sind eines der sichersten Länder des Kontinents und wir sorgen uns um die Sicherheit der Polen“, schrieb er auf X, ehemals Twitter, und forderte, dass Deutschland polnische Staatsanwälte in die Ermittlungen einbezieht.

Wie man sieht, gerät „der deutsche Wahnsinn“ in der PiS außer Kontrolle. In diesem Monat hat die PiS bereits einige Zänkereien angezettelt - wegen eines Volksliedes, das in Danzig von einer Volksgruppe aus Franken gesungen wurde (weil es während des Krieges von der Wehrmacht gesungen wurde), sie hat Manfred Weber, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, mit den Mördern der Wagner-Gruppe gleichgesetzt, und sie hat im Sejm eine Entschließung verabschiedet, in der sie angebliche deutsche Versuche der Einmischung in polnische Wahlen anprangert.

Morawiecki, Absolvent der Universität Hamburg und ehemaliger Freund der deutschen Christdemokraten, hat sich aktiv daran beteiligt. Und jetzt, nur weil die Vergewaltigung eines Polen in Deutschland passiert ist, heizt er einen weiteren antideutschen Streit an.

Die Daten der Polizei entlarven die Absurdität von Morawieckis Behauptungen und die ganze Verärgerung der PiS-Wahlkämpfer - wenn es um Einwanderer geht, gehören auch Polen zu den Tätern. Wenn Deutsche, wie vom Außenministerium gewünscht, vor der Bedrohung durch Ausländer warnen würden, müssten sie auch vor betrunkenen Polen warnen. Außerdem wurde der Vergewaltigungsfall in Deutschland nicht bagatellisiert. Der Täter wurde gefunden und wartet in Untersuchungshaft auf seinen Prozess.

Abgesehen von der deutschen Thematik an sich, schreit allein die Tatsache zum Himmel, dass die PiS mit einem menschlichen Drama Wahlkampf macht. Das Opfer dieses Verbrechens wird langfristige Hilfe brauchen. Und die PiS benutzt es für politische Ad-hoc-Spiele. Ähnlich war es, als ein Mann aus Bangladesch eine 27-jährige Polin auf der griechischen Insel Kos ermordete. Morawiecki verlangte offiziell, dass die Griechen den Verdächtigen ausliefern, damit er sich vor unserem Gericht verantworten kann. Dabei ging es nicht um Gerechtigkeit (das griechische Recht ist übrigens strenger als das polnische), sondern um den Beifall der Wählerschaft.

Ein Ertrinkender klammert sich an jeden Strohalm. Und Morawiecki klammert sich immer häufiger an Strohhalme.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30116165,kampania-wyborcza-na-gwalcie-w-niemczech-dla-pis-to-nie-problem.html#S.TD-K.C-B.1-L.2.maly>

Der russische Geheimdienst wollte Züge in Polen entgleisen lassen. Spione wurden über das Internet rekrutiert



Quelle: oko.press

Der russische Geheimdienst hat in Polen ein Spionagenetz aufgebaut, um Daten über Waffenlieferungen an die Ukraine zu erhalten. Die Amateur-Spione wurden online rekrutiert. Zu den Plänen des GRU [Russ. Militärnachrichtendienst] gehörten Entgleisung von Zügen, Brandstiftung und Attentate, berichtet die „Washington Post“

Von **Anna Mierzyńska**

Das Spionagenetz wurde von der ABW [Agentur für Innere Sicherheit] zerschlagen. Sechzehn Personen wurden in diesem Fall bereits verhaftet, wobei die ersten Verhaftungen im März 2023 stattfanden.

Glücklicherweise gingen die radikalsten Pläne der russischen Dienste nicht auf. In dieser Hinsicht erwies sich die gesamte Operation als wenig erfolgreich. Anders verhielt es sich bei der Sammlung von Daten über Waffenlieferungen. Auf diese hatten die Russen fast täglich Zugriff. Ziel der Operation war es, die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die Ukraine zu stören.

Sechzehnter Häftling in Untersuchung

In Polen geben die Dienste nur wenige Informationen zu diesem Thema preis. Stanisław Żaryn, stellvertretender Minister und Koordinator der Sonderdienste, gab lediglich bekannt, dass die ABW weitere Personen festgenommen hat, die an strategischen Orten in Polen - Bahnhöfen und Abstellgleisen, Seehäfen und Flughäfen - Daten sammeln. Es war auch bekannt, dass einige der Festgenommenen Fotos von Transporten machten und andere Kameras entlang von Bahnstrecken installierten.

Die letzte Person, die im Rahmen dieser Ermittlungen (Anfang August) festgenommen wurde, war Mikhail A., ein weißrussischer Staatsbürger. Nach Żarins Informationen hatte der Spion zuvor in Russland gearbeitet, verbüßte dort aber auch eine Haftstrafe. Er wandte sich von sich aus an den GRU und bot seine

Zusammenarbeit an. In Polen hat er kritische Infrastruktureinrichtungen, vor allem Militäreinrichtungen, ausgekundschaftet und russisches Propagandamaterial verteilt.

So viel wissen wir von den polnischen Diensten. Der Artikel der Washington Post zeigt jedoch den ganzen, eher überraschenden Mechanismus des GRU.

Das spontan entstandene Spionagenetz basiert hauptsächlich auf Amateuren, die gegen (geringes) Geld Aufträge ausführten, ohne zunächst zu wissen, für wen sie arbeiteten.

Spione auf Telegram rekrutiert

Der russische Geheimdienst suchte nach Spionen im Internet.... Genauer gesagt im sozialen Netzwerk Telegram. Dort wurden die Nutzer mit einfachen Stellenanzeigen „gelockt“. Sie erregten keinerlei Aufmerksamkeit und wurden zwischen anderen Anzeigen, Kommentaren und Junk-Informationen gepostet, die im Überfluss vorhanden waren. Genutzt wurden vor allem Telegram-Kanäle, die von in Polen lebenden Einwanderern und Flüchtlingen frequentiert werden.

Der GRU nutzte den Mechanismus einer Art Outsourcing, den russische Dienste seit einigen Jahren vor allem in Afrika praktizieren.

Die Idee ist, dass der Vollstrecker des Auftrags eine Person (oder Einrichtung) sein sollte, die auf den ersten Blick überhaupt nicht mit dem Auftraggeber in Verbindung gebracht wird. Und wer wird heute in Polen sicherlich nicht mit der Unterstützung Russlands in Verbindung gebracht? Diejenigen, die Russland als Feind sehen.

Aus diesem Grund hat der GRU damit begonnen, Einwanderern „Jobs“ anzubieten, und zwar zu einer Zeit, als viele von ihnen nach dem Verlassen des Landes nach einer Einkommensquelle suchten. Nach den Erkenntnissen der Washington Post handelt es sich bei den festgenommenen Spionen um Ukrainer, Weißrussen und einen Russen. Bei den meisten handelt es sich um sehr junge Menschen mit einem Durchschnittsalter von 20 Jahren. Der jüngste ist ein 16-Jähriger.

Sie begannen mit Flugblättern, aber dann ...

Die Auftraggeber verrieteten nicht, wer sie waren oder für wen sie wirklich arbeiteten. Die Rekruten erhielten zunächst kleine Aufgaben, wie das Verteilen von Propagandaflugblättern oder das Bemalen einer Wand mit Graffiti.

Die Slogans waren einfach: „POLEN ≠ UKRAINE“, „NATO GO HOME“, „LASSE DICH NICHT KAUFEN“.

Sie sollten die anti-ukrainische Stimmung anheizen, insbesondere in ukrainischen Städten wie Lublin und Rzeszów.

Amateure, die Aufträge erfüllten und die in Auftrag gegebene Fotos als Beweis an die Auftraggeber schickten, erhielten weitere Aufträge. Gegen Bezahlung, versteht sich. Die finanzielle Motivation stand für die Auftragnehmer an erster Stelle. Sie wurden in Kryptowährungen oder durch Überweisungen auf versteckte Bankkonten bezahlt.

Die nächste Aufgabe war schwieriger. Einige kauften Smartphones und Kameras. Andere begannen, durch ganz Polen zu reisen, um den Verkehr an wichtigen Orten auszuspionieren. Sie fotografierten Bahnhöfe (z. B. in Rzeszów), Flughäfen und Häfen (in Gdynia und Gdansk).

Zu diesem Zeitpunkt war ihnen bereits klar, dass sie wahrscheinlich für Moskau spionierten. Aus Gesprächen zwischen Journalisten der Washington Post und polnischen Ermittlern geht hervor, dass einige der Verhafteten mental so mit der Situation umgingen, dass sie ihre Handlungen für harmlos und ohne große Bedeutung hielten. Sie sollen auch Angst vor einem Rückzug aus der Zusammenarbeit mit Russland gehabt haben.

Kameras an den Gleisen

In den folgenden Wochen wurden einige Auftragnehmer damit beauftragt, Videokameras entlang der wichtigsten (für Waffentransporte) Bahnstrecken anzubringen, allerdings so, dass die Kameras unbemerkt blieben.

Eine der Kameras wurde neben den Gleisen in der Nähe des Dorfes Buszkowiczki gefunden, etwa ein Dutzend Kilometer vom Grenzübergang Medyka entfernt.

Ein Passant entdeckte ein Objektiv, das aus einem Gebüsch herausragte, und alarmierte die Einsatzkräfte. Es stellte sich heraus, dass die aktive Videokamera mithilfe von Solarbatterien betrieben wurde. Und sie lud die Aufnahmen automatisch in eine Datenwolke hoch, die für diejenigen, die das Passwort kannten, online zugänglich war.

Die polnischen Dienste begannen mit der Durchsuchung anderer Abschnitte strategischer Bahnstrecken. Es wurden zwei weitere Kameras gefunden: eine in einem Baum in der Nähe einer Eisenbahnbrücke, die andere filmte den Verkehr auf einem Anschlussgleis. Die ABW nahm den ersten Verdächtigen fest. Als er Informationen über andere Mitglieder seiner Gruppe weitergab, begannen die Verhaftungen der ersten Spione.

Nach Angaben der Washington Post ist es den Diensten jedoch noch nicht gelungen, die Spionagestruktur vollständig zu identifizieren. In dieser Hinsicht war die Operation professionell geplant – die angeworbenen Amateure waren in Zellen unterteilt, von denen jede einen einzigen Anführer hatte und deren Mitglieder sich in der Regel nicht kannten. Die Korrespondenz wurde verschlüsselt übermittelt. Der Anführer war nicht mehr ein Amateur, sondern eine Person, die bewusst mit dem russischen Geheimdienst zusammenarbeitete. Trotz des Zusammenbruchs der Struktur bleiben einige der Anführer der Gruppen unbekannt.

Sie waren bereit, Züge entgleisen zu lassen

Die schwerwiegendsten Aktionen des Spionagenetzes sollten Zugentgleisungen, Brandstiftung und sogar Attentate sein. Die Journalisten der Washington Post erfuhren nicht, was genau angezündet werden sollte oder auf wen das Attentat geplant war. Ihre ABW-Gesprächspartner sollten ihnen lediglich versichern, dass diese Bedrohungen beseitigt worden seien.

Stattdessen erfahren wir in dem Artikel mehr über die Pläne zur Entgleisung der Züge. Diese Pläne sollen im Frühjahr aufgetaucht sein, als die Ukraine eine Gegenoffensive plante und Lieferungen von gepanzertem Material, darunter deutsche Leopard-Panzer, über Polen liefen.

Den Rekruten wurden detaillierte Anweisungen gegeben, wie die Entgleisungsvorrichtungen einzusetzen sind und an welchen Stellen sie zu finden sind.

Die Orte wurden so gewählt, dass die Züge auch bei niedriger Geschwindigkeit entgleisen würden.

Es ist bekannt, dass mindestens zwei der vom GRU angeworbenen Spione sich bereit erklärten, an solchen Aktionen teilzunehmen. Zu der Zugentgleisung ist es jedoch glücklicherweise nie gekommen. Und das, obwohl die Dienste die Geräte, die auf den Gleisen gelandet sein sollten, bis heute nicht gefunden haben. Es ist daher unklar, ob sie letztendlich die Auftragnehmer erreicht haben.

Die Flyer der Wagner-Gruppe – gleiches Muster

Die Gerichtsakte über das Spionagenetz wurde geheim gehalten, der Aufenthaltsort der Verdächtigen ist nicht einmal bekannt. Nur die belarussischen Verdächtigen werden detailliert beschrieben. Ihre Namen wurden von den belarussischen Staatsmedien veröffentlicht, die gleichzeitig die Unschuld der Verhafteten beteuerten.

Das Spionagenetz war seit dem Frühjahr 2023 in Zusammenarbeit mit polnischen, ukrainischen und US-amerikanischen Geheimdiensten ausgehoben worden. Es ist jedoch bereits bekannt, dass die russischen Geheimdienste trotz der Zerschlagung des Netzes ihre Aktivitäten in Polen nicht aufgegeben haben.

Erst vor einer Woche nahm die ABW zwei Russen fest, die in Krakau und Warschau Propagandaflugblätter verteilten, in denen sie zum Beitritt zu der Wagner-Gruppe aufriefen.

Sie erhielten das Material in Moskau und sollten für die Versendung bezahlt werden - unter der Bedingung, dass sie dem Auftraggeber zunächst Fotos als Beweis für ihre Arbeit schickten. Außerdem erhielten sie Anweisungen, wo die Flugblätter zu platzieren waren. Dies ist ein identisches Schema wie das, das aus dem unterbrochenen Spionagenetz bekannt ist.

Es ist nicht bekannt, wie viele weitere Personen der GRU für diese Art von Aktionen rekrutiert hat. Darüber hinaus werden wahrscheinlich immer noch neue Personen rekrutiert.

Spione und E-Mails von Dworczyk

Den Russen gelang es zwar nicht, die Waffenlieferkette in die Ukraine zu unterbrechen, aber sie erhielten problemlos Daten über die strategische Infrastruktur in Polen. Die Beschreibung der Funktionsweise des Spionagenetzes zeigt, wie wichtig solche Informationen für den russischen Geheimdienst waren. Umso rätselhafter ist es, dass die polnischen Behörden gleichzeitig die Tatsache außer Acht lassen, dass die russischen Dienste durch den Diebstahl der E-Mails von Minister Michał Dworczyk und mehrerer anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Rahmen der so genannten E-Mail-Affäre in den Besitz ähnlicher Daten gelangt sein könnten.

Im Mai berichteten wir, dass sich unter der gestohlenen Korrespondenz eine E-Mail mit einem Passwort befand, das zu einem Konto bei einem geografischen Datendienst führte, der auch Regierungsdaten enthielt. Das Passwort war noch gültig und ermöglichte die Anmeldung bei dem Konto. Es enthielt Material, das sich speziell auf kritische Infrastruktureinrichtungen bezog. Dabei handelte es sich hauptsächlich um detaillierte Pläne und Karten des Militärhafens in Gdynia, des Stromnetzes der Reparaturwerft in Gdańsk, eine Karte der Bahnhöfe in Polen. Außerdem gab es Pläne für die Evakuierung der Einwohner von Warschau im Falle einer Überschwemmung.

Wertvolle, aber ungeschützte Daten

Die E-Mail wurde von einem Mitarbeiter von ESRI Polen verschickt. Deshalb haben wir nachgefragt, ob ESRI Polen Konsequenzen aus der Situation zieht und ob es üblich ist, Kunden Passwörter für den Zugang zu Material in ungesicherten E-Mails zu schicken.

„Die in der Präsentation vorgestellten Diagramme enthielten keine vertraulichen Daten, sondern nur öffentlich zugängliche Statistiken, z. B. aus dem System des Zentralamts für Geodäsie und Kartografie oder GISCOVID-19“, antwortete uns damals Małgorzata Grzywacz, Vorstandsmitglied von ESRI Polska. „Alle Pläne, Diagramme und Analysen wurden auf der Grundlage öffentlich zugänglicher oder simulierter Daten entwickelt.“

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr missverstanden wird, wie wertvoll öffentlich zugängliche Daten für einen ausländischen Dienst sein können, die aber erst in ihrer Gesamtheit äußerst wertvoll werden. Schließlich kann auch das, was auf den Bahngleisen geschieht, als öffentlich zugänglich betrachtet werden. Niemand zäunt Gleisanschlüsse ein, und tausende von Menschen beobachten jeden Tag die Zugübergänge auf den Bahnhöfen. Dennoch waren diese verfügbaren Daten für die russischen Dienste so wichtig, dass sie ein umfangreiches Spionagenetz aufbauten, um sie zu erhalten.

Nachdem der Fall der E-Mail von ESRI-Polen in den staatlichen Einrichtungen zirkulierte, äußerte sich jedoch niemand von den Behörden oder den polnischen Diensten zu diesem Fall. Es wurde ignoriert. Die einzige Auswirkung, von der wir wissen, war, dass das Passwort für den Zugang zum Datenkonto geändert wurde. Drei Jahre nach dem Versand des Schreibens.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/rosyjscy-szpiedzy-w-polsce>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

„Diese Wahlen werden für die Zukunft entscheidend sein. Für die Zukunft Polens, für die Zukunft der jungen Menschen, die von der jetzigen Regierung überhaupt nicht verstanden werden, die aber ihr Leben für sie regeln will.

In Wirklichkeit dringt diese Regierung in das Leben aller Polen ein. In die Schulen, in die Schlafzimmer, sogar in die Arztpraxen. Die PiS versucht ständig, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu leben haben, obwohl die PiS-Politiker sich immer mehr von der Realität entfernen.

Es ist an der Zeit, dieser Heuchelei, dieser Verlogenheit, dieser Scheinheiligkeit ein Ende zu setzen. Lasst es uns am 15. Oktober tun. Tun wir es gemeinsam – es ist unsere gemeinsame Aufgabe.“

Rafal Trzaskowski - polnischer Politiker der Bürgerplattform (PO) und seit 2018 Stadtpräsident von Warschau

Quelle: <https://twitter.com/trzaskowski/status/1694801897306169763?t=w9tLTey7rFsypZrb8kzHrw&s=19>

tagesspiegel.de

„Folgen der Politik der offenen Grenzen“: Morawiecki empört über mutmaßliche Vergewaltigung eines Polen in München

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/folgen-der-politik-der-offenen-grenzen-polen-zeigt-sich-emport-uber-mutmassliche-vergewaltigung-in-munchen-10357015.html>

rbb.de

Grüne im EU-Parlament wollen Druck auf Polen erhöhen

<https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2023/08/gruenen-eu-politiker-sergey-lagodinsky-oder-ausbau-fordert-vertrag-verletzung-verfahren.html>

n-tv.de

USA genehmigen Apache-Verkauf nach Polen

<https://www.n-tv.de/politik/USA-genehmigen-Apache-Verkauf-nach-Polen-article24341079.html>

merkur.de

Russlands Politiker droht Polen: „Das wird böse für euch enden“

<https://www.merkur.de/politik/belarus-russland-drohung-polen-kaliningrad-nato-litauen-ukraine-krieg-grenze-zr-92470675.html>

handelsblatt.com

Diese Region ist in Polen noch ein richtiger Geheimtipp

<https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/ferienhaus-kaufen-diese-region-ist-in-polen-noch-ein-richtiger-geheimtipp/29299250.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik